Beschluss (vorläufig)

Gemeinsam und solidarisch für eine starke grüne Zukunft

Das Ergebnis der Bundestagswahl am 22. September war eine Niederlage für uns GRÜNE. Nach den vielen sehr guten Ergebnissen bei den Landtags- und Kommunalwahlen in den vergangenen Jahren, durch die wir erstmals in unserer Geschichte in alle 16 Landtage einziehen und in sechs Ländern Regierungsverantwortung übernehmen konnten, hatten wir uns bei dieser Bundestagswahl eindeutig mehr erhofft. Wir wollten ein deutlich besseres Ergebnis als unser bestes Ergebnis 2009 erreichen und endlich wieder drittstärkste Kraft im Bundestag werden. Und wir wollten zusammen mit der SPD eine Regierung bilden. All das ist uns bei dieser Wahl nicht gelungen. Wir haben die eine Million Wählerstimmen, die wir 2009 hinzu gewonnen hatten, wieder verloren.

Doch wir GRÜNE haben gezeigt, dass wir schnell in der Lage sind, Konsequenzen zu ziehen und nach einem Rückschlag auch wieder aufzustehen. Wir haben die Sondierungsgespräche mit CDU und CSU geschlossen und verantwortungsvoll geführt. Wir tragen Verantwortung für die grüne Idee und für unser Programm, für das wir am 22. September von 3,7 Millionen Bürgerinnen und Bürgern gewählt wurden. Unsere WählerInnen erwarten, dass wir uns auch in den kommenden vier Jahren für unsere grünen Werte und Ziele stark machen. Diesem Auftrag werden wir nachkommen. Zugleich müssen wir verloren gegangenes Vertrauen derer zurückgewinnen, die wir bei dieser Wahl nicht (mehr) von unseren Konzepten und mit unserer Ansprache überzeugen konnten.

Bei aller Notwendigkeit, die vor uns liegenden Herausforderungen anzunehmen, versäumen wir es nicht, zu reflektieren und dieses Wahlergebnis und den Wahlkampf gemeinsam zu analysieren und Fehler aufzuarbeiten. Wir werden daraus ableiten, was wir richtig und was wir falsch gemacht haben, was wir bewahren, verändern und verbessern müssen. Doch diese Debatte und Analyse braucht Zeit. Die Aussprache auf der Bundesdelegiertenkonferenz ist auf diesem Weg ein wichtiger Meilenstein. Wir werden im Dialog mit Bürgerinnen, Bürgern und Verbänden offen debattieren, die richtigen Lehren ziehen und werden gestärkt aus dieser Diskussion hervorgehen.

I. Die Bundestagswahl

Mit 8,4 Prozent der Zweitstimmen sind wir unter unseren eigenen Erwartungen und den Möglichkeiten geblieben. Wir werden wieder die kleinste Fraktion sein. Doch wir wissen, dass unser Potenzial weitaus größer ist.

Mittlerweile werden 44 Millionen Bürgerinnen und Bürger in den Ländern mit grüner Beteiligung regiert, in Baden-Württemberg stellen wir den Ministerpräsidenten. Auch unsere in der Sache harte und in entscheidenden Momenten konstruktive Oppositionsarbeit im Bundestag hat uns in der vergangenen Legislaturperiode viel Zuspruch eingebracht. Als Partei sind wir gewachsen, heute zählen wir 61.000 Mitglieder, wovon rund jedes vierte Mitglied seit 2008 ein-

getreten ist. In einer Phase des stetigen Wachstums bedeutet diese Bundestagswahl jetzt einen Rückschlag für uns.

Vier Wochen nach der Wahl ist es zu früh, eine abschließende Analyse vorzunehmen. Dazu wird es mehr Zeit brauchen und auch die Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, müssen gründlich diskutiert werden. Diese Zeit wollen wir uns nehmen, vor allem aber wollen wir gemeinsam die richtigen Schlüsse aus der Niederlage ziehen.

Es gibt nicht den einen Grund, mit dem wir das Wahlergebnis verstehen und erklären können. Es sind viele Ursachen, die zusammen genommen für unser Ergebnis gesorgt haben.

Unter dem Eindruck von Finanzkrise und Eurokrise, von Klimawandel und stockender Energiewende, von Spaltung der Gesellschaft und wachsenden Problemen öffentlicher Institutionen sind wir mit einer sehr weitgehenden Veränderungsbotschaft zur Wahl angetreten.Unsere Botschaften für die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft sind im Wahlkampf untergegangen. Anders als noch 2009 waren wir nicht die Partei mit dem Weg aus der Krise und dem Rezept für die Energiewende. Aktive und Bewegungen haben im Wahlkampf ein starkes und klares Signal für die sozial-ökologische Transformation und die ökologische Modernisierung vermisst. Entsprechend gering fiel die über den Kern der Partei wirkende Mobilisierung aus. Wir haben die Änderungsbereitschaft von großen Teilen der Gesellschaft überschätzt und vorgegeben, den richtigen Weg genau zu kennen, statt mit den Menschen über grüne Lösungsvorschläge zu diskutieren. Wir müssen die Lebensrealität der Menschen wieder stärker berücksichtigen. Hinzu kam ein extrem personalisierter Wahlkampf, bei dem am Ende Hände und Gesten mehr Profil erzeugten, als programmatische Vorschläge. Das hat es uns Grünen als Konzeptpartei schwerer gemacht, in diesem Wahlkampf die politische Auseinandersetzung zu führen. Für viele konservative Besitzstandsbewahrer waren wir zudem mit den Erfolgen der letzten Jahre an Stelle der SPD zu den eigentlichen Gegnern geworden. Das zeigte sich an vielen Angriffen auf uns GRÜNE und gegen unsere Themen. Aber dies war auch deshalb schwieriger, weil unsere Vorschläge durch unsere erarbeitete Stärke und die damit einhergehenden Regierungsbeteiligungen ernster genommen wurden und unter größerer Beobachtung standen.

Das kann und soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir uns im Wahlkampf zu sehr in den Details verloren haben und unsere Ziele und Werte für die Menschen nicht mehr erkennbar waren. Wir haben es versäumt, unsere Ziele und angebotenen Lösungen klar und eindeutig zu begründen und zu erklären. So ist es uns nicht gelungen, deutlich zu machen, was beispielsweise bei der Energiewende wirklich auf dem Spiel steht, welche Chancen sich für Klimaschutz und die Wirtschaft, dauerhafte bezahlbare Energiepreise und regionale Wertschöpfung sich daraus ergeben oder welche Gefahr für den Rechtsstaat von einer Totalüberwachung durch unkontrollierte Geheimdienste ausgeht.

Auch die Debatte um unsere steuerpolitischen Vorschläge hat sich nicht so gestaltet, wie wir es wollten, nicht zuletzt aus unserer eigenen Verantwortung. Sie wurde mit großer Härte, manchmal auch gegen die Fakten geführt. Auch weil die verschiedenen Maßnahmen in der Gesamtschau zu viel auf einmal erschienen, waren wir zu sehr mit dem Vorrechnen unserer Konzepte beschäftigt – anstatt klare Perspektiven für ein besseres Morgen zu formulieren, in denen klar wird, dass maßvolle Steuererhöhungen für uns kein Selbstzweck, sondern notwendiges Mittel der nachhaltigen Gegenfinanzierung von Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur sind. Statt die Chancen unseres Konzepts deutlich zu machen, konnten wir viele – seien es berechtigte oder geschürte – Sorgen bei den WählerInnen und Unternehmen nicht ausräumen.

In diesem Wahlkampf haben wir viele Menschen nicht mehr von Grün überzeugen können, da der Eindruck verfangen hat, wir würden mit Verboten und einer Politik des erhobenen Zeigefin-

gers agieren und die persönliche Lebensführung regulieren wollen. Das Etikett "Verbotspartei" ist für uns gefährlich – und falsch. Unser Ziel einer intakten Umwelt und einer solidarischen Gesellschaft müssen wir umsetzen, ohne den Menschen einen bestimmten Lebensstil vorzuschreiben. Dazu wollen wir weniger auf eine kleinteilige Steuerung setzen, sondern vielmehr auf soziale und ökologische Leitplanken. An dieser Wertorientierung wollen wir in den kommenden Jahren gezielt inhaltlich arbeiten.

2010 haben wir „30 Jahre GRÜNE" gefeiert. Wir haben uns mit unserer Geschichte beschäftigt und können zu Recht stolz sein auf die Errungenschaften, die wir für dieses Land und unsere Demokratie erreicht haben. Aber wir haben zu lange mit den Forderungen und Beschlüssen in unserer Anfangszeit für eine Straffreiheit von Pädophilie ein dunkles Kapitel ausgeblendet, dem wir uns jetzt mit aller Konsequenz widmen müssen. Diese Debatte, deren Ursache in unserer eigenen Geschichte liegt, hat unsere Glaubwürdigkeit beschädigt. Unsere Mitglieder und Wahlkämpfer waren irritiert, unser Spitzenpersonal geriet ins mediale Kreuzfeuer – und für uns erreichbare WählerInnen waren verunsichert – auch weil wir in den vergangenen Jahren zu zögerlich mit diesem Teil unserer Parteigeschichte umgegangen sind. Der Bundesvorstand wird einen Kreis von Grünen VertreterInnen, Grünen Zeitzeugen und Experten bilden, der parallel zur laufenden externen Aufarbeitung durch das Göttinger Institut für Demokratieforschung die interne Aufarbeitung unserer Parteigeschichte und Forderungen der Grünen in den 80er Jahren zur Straffreiheit von Pädophilie vorantreiben wird. Wir bitten alle Mitglieder, Kreis- und Landesverbände sowie alle Fraktionen, die etwas zur Aufarbeitung beitragen können, sich aktiv daran zu beteiligen.

Es war falsch als Europapartei nicht stärker für die Europäische Einigung einzutreten und dabei aufzuzeigen, warum wir glauben, dass Deutschland mehr tun muss, um Europa politisch und ökonomisch zusammenzuhalten. Wir müssen als Lehre aus diesem Wahlkampf es wieder schaffen, uns als GRÜNE eine realistische Machtoption zu erarbeiten, wohl wissend, dass diese nicht von uns alleine abhängig ist. Denn ohne realistische Machtoption konnten wir vielen Menschen gerade auf den letzten Metern nicht überzeugend die Frage beantworten, warum sie in einer Lage, in der die Zeichen bereits auf Große Koalition standen, GRÜN wählen sollten.

Wir sind durch Urwahl und Mitgliederentscheid gut aufgestellt und mit Vertrauensvorschuss in den Wahlkampf gestartet. Am Ende müssen wir feststellen, dass wir in den letzten Monaten des Wahlkampfes permanent aus einer defensiven Position heraus agieren mussten, die unseren Vertrauensvorsprung aufgezehrt hat. Daher ist es nötig, selbstkritisch unsere eigenen Fehler im Wahlkampf zu analysieren und daraus für die nächsten Jahre zu lernen. Daher ist es nötig, selbstkritisch unsere eigenen Fehler im Wahlkampf zu analysieren und daraus für die nächsten Jahre zu lernen. Besonders der Umgang mit der Pädophilie-Debatte, das Labeling als Verbotspartei und ein Wahlkampf, an deren Ende wir keine Machtoption mehr zu bieten hatten und als grüne Kraft nicht mehr ausreichend erkennbar waren, haben uns geschadet.

All diese Herausforderungen müssen wir jetzt gemeinsam angehen. Die letzten Jahre des stetigen Wachstums haben die Partei und den Blick auf uns GRÜNE verändert. Unsere Ziele werden von weitaus mehr Menschen getragen, als es in unserem Wahlergebnis zum Ausdruck kommt. Mit ihnen müssen wir wieder in den Dialog treten und gemeinsam unsere Konzepte weiterentwickeln. Wir müssen das Grüne Projekt nicht neu erfinden, aber manches anders und vieles besser machen.

II. Ökologie, Gerechtigkeit, Freiheit – eigenständig GRÜN

Unser Selbstverständnis fußt auf unseren Grundwerten: Wir verbinden Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. Mit gleicher Intensität treten wir ein für Gewaltfreiheit und Menschenrechte. In ihrer Wechselbeziehung öffnen diese Grundsätze

den Horizont bündnisgrüner Visionen. Wir definieren uns nicht über andere Parteien, sondern als eigenständige und treibende Kraft gesellschaftlicher Veränderungen.

Eigenständigkeit bedeutet, auf Grundlage unserer Werte mit allen demokratischen Parteien zusammenzuarbeiten, wenn die inhaltlichen Schnittmengen tragen – wie wir bei den Sondierungsgesprächen mit der Union gezeigt haben. Die SPD mag uns am nächsten stehen, jedoch sind wir nun zum dritten Mal in Folge mit unserem Wahlziel, eine rot-grüne Mehrheit herbeizuführen, gescheitert. Daraus gilt es, Konsequenzen zu ziehen. Es darf ebenso nicht wieder vorkommen, dass Gespräche mit den Linken an der Befindlichkeit einer in sich unklaren SPD scheitern.

Andere Koalitionsoptionen müssen grundsätzlich möglich sein – sei es Rot-Grün-Rot oder Schwarz-Grün. Koalitionspräferenzen kann es auch in Zukunft geben, das Ketten an eine Partei allerdings nicht. Klar ist: Künftig werden wir bei unseren Wahlaussagen Inhalte vor Koalitionsfestlegungen stellen. Die Festlegung gegen eine mögliche Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien engt die Spielräume für die Durchsetzung unserer Politik ein. Die Möglichkeit für zukünftige Bündnisse muss gezielt erarbeitet werden: In unserer Partei müssen wir die bestehende Blockade überwinden, damit alle auch alle Optionen mittragen können. In unserem Umfeld müssen wir die nötigen Diskussionen führen, damit uns wichtige Bündnispartner nicht gerade dann verloren gehen, wenn wir sie zur Erreichung gemeinsamer Ziele am dringendsten brauchen. Wir fordern Bundesvorstand, Parteirat und Bundestagsfraktion auf dies in ihrer Arbeit zur Grundlage zu machen. Wir müssen unseren Teil dazu beitragen, dass diese Optionen für die Zukunft auch zu belastbaren Bündnissen werden können. Ob uns 2017 neue Koalitionsoptionen offen stehen, hängt jedoch nicht alleine an uns. Es hängt auch daran, ob die Union bereit ist, weitere Schritte in Richtung ökologischer und gesellschaftlicher Modernisierung, sozialer Gerechtigkeit, globaler Verantwortung und Anerkennung von Lebensrealitäten zu gehen, oder ob die Linkspartei sich ihren Konflikten – gerade in der Außen-, Finanz- und Europapolitik – stellt und 2017 nicht nur Regierungsfähigkeit vorgibt, sondern es auch ernst meint, sowie daran, ob die SPD davon abrückt, Koalitionsoptionen mit der Linkspartei auszuschließen. Entscheidend sind und bleiben für uns die Inhalte.

Eigenständigkeit bedeutet, sich thematisch und gesellschaftlich breit aufzustellen. Wir waren nie eine Ein-Themen-Partei. Zugleich wissen wir: Die ökologische Modernisierung der Gesellschaft und Wirtschaft ist die Herausforderung unserer Zeit, die sich in alle Lebensbereiche auswirkt. Eine Politik der ökologischen Modernisierung kennt Gewinner und Verlierer – und er geht nie ohne Konflikte in unserer Gesellschaft. Es muss uns darum gehen, ausgehend von grünen Kernthemen Brücken zu neuen Feldern zu bauen – vom Klimaschutz zur Wirtschafts- und Industriepolitik sowie zur globalen Gerechtigkeit, von Selbstbestimmung und Vielfalt zu guter öffentlicher Infrastruktur für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit und individueller Freiheit. Klar ist auch: Es gibt keine ökologische Nachhaltigkeit ohne Gerechtigkeit – hier und weltweit. Es geht uns um die gleiche Freiheit aller, ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können.

Klimaschutz, der Erhalt der Artenvielfalt, der Kampf gegen die Massentierhaltung, echter VerbraucherInnenschutz und die Verkehrswende – diese für viele Bürgerinnen und Bürger zentralen Politikbereiche haben alleine bei uns Grünen Priorität. Ökologie und Umweltschutz sind keine Fachfragen für Expertenzirkel. Die ökologische Modernisierung der Wirtschaft, der Produktion, des Verkehrs und der Landwirtschaft ist eine der größten Aufgaben unserer Zeit. Es ist an uns zu zeigen, wie langfristig stabiles und verträgliches Wirtschaften aussieht, das Lebensqualität, Gesundheit und Wohlstand der Menschen in den Mittelpunkt rückt.

Wir GRÜNE kämpfen seit unserer Gründung für mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Unser Kampf um die Gleichstellung von Minderheiten, um Frauenrechte, die Gleichbehandlung von Lesben und Schwulen, um das Recht von MigrantInnen und Flüchtlingen auf gleiche Lebenschancen, um den Schutz der Privatsphäre und der Datenschutz, um mehr demokratische

Beteiligungsrechte für alle, für Frieden und Menschenrechte und gegen den Hass der Rechtsextremen ist Teil unserer grünen DNA. Wir wollen zeigen, dass der Deutsche Bundestag mit der FDP nur eine neoliberale Partei verloren hat, nicht aber eine Kraft für einen verantwortungsvollen Liberalismus. Selbstbestimmung und Liberalität sind bei uns Grünen zu Hause.

Gerechtigkeit ist ein zentrales grünes Anliegen. Unser Eintreten für den Erhalt der natürlichen Grundlagen ist auch ein Kampf für mehr Gerechtigkeit – zwischen den Generationen und zwischen den Menschen in verschiedenen Teilen der Welt. Weder Ökologie noch Freiheit sind ohne Gerechtigkeit denkbar. Wir wollen unseren eigenen grünen Gerechtigkeitsbegriff stärker herausstellen. Dazu gehört auch der konsequente Blick über den nationalen Tellerrand und die Verantwortung für ein friedliches und solidarisches Europa sowie eine gerechte Welt. Unser Ziel ist es auch, die zivile Krisenprävention tatsächlich ins Zentrum der internationalen Politik zu rücken.

Wir werden uns erneut mit unserer grünen Finanzpolitik beschäftigen müssen. Dabei müssen wir ehrlich und offen mit den verschiedenen Anforderungen an die grüne Steuerpolitik umgehen. Wir halten daran fest, dass unsere programmatischen Forderungen gegenfinanziert sind. Wir brauchen die grüne Steuerpolitik, um Spielräume für Investitionen in Bildung und Infrastruktur, in Klimaschutz und Gerechtigkeit zu schaffen. Grüne Steuerpolitik soll dabei gerecht und wirtschaftlich vernünftig sein sowie die Spaltung zwischen Arm und Reich verringern. Mit dem Abbau von ökologisch schädlichen Subventionen und der Besteuerung von fossilen Ressourcen wollen wir mit grüner Steuerpolitik auch ökologisch umsteuern. Gleichzeitig brauchen wir bei künftigen Programmdiskussionen nicht nur Klarheit über die Auswirkungen auf den Gesamthaushalt des Staates, sondern präzise Berechnungen über die Auswirkungen auf die privaten Haushalte. Und es gehört auch dazu, dass wir die ökonomisch Benachteiligten in die Lage versetzen wollen, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzuhaben.

All diese Werte und Positionen stehen auch künftig für das Grüne im Parteiensystem und werden von uns offensiv in den Vordergrund gestellt. Mit dieser eigenständigen Orientierung an unserer grünen Identität gibt es auch keine Beliebigkeit, sondern damit ist unser Standpunkt als ökologische, soziale, progressive und emanzipatorische Kraft für die linke Mitte unverrückbar klar.

Unternehmen sind für uns Partner auf dem Weg der ökologischen Transformation. Aber wir müssen auch feststellen, dass sich einige Wirtschaftsverbände im letzten Wahlkampf gegen die Grünen und unsere Inhalte und für Schwarz-Gelb positioniert haben.

Wir sehen uns als Teil einer aktiven lebendigen Bürgergesellschaft. Gemeinsam mit ihr müssen wir einen neuen Anlauf unternehmen, offen sein, ein progressives Bündnis für eine Politik der Veränderung zu schmieden. Für ein solches Bündnis richten wir uns an die Umweltverbände, die Gewerkschaften und UnternehmerInnen, die Sozial- und Frauenverbände, an die Kirchen und Wohlfahrtsverbände, an die Bürgerrechtsbewegung und ebenso an KünstlerInnen und Intellektuelle. Sie alle sind wichtige Partner bei der ökologischen Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit und für eine moderne, offene Gesellschaft, die auf echte Gleichstellung setzt.

Wir wollen auch weiterhin einen offenen Dialog mit der Wirtschaft und ihren Verbänden führen über notwendige ökologische und soziale Leitplanken, über die Handlungsfähigkeit des Staates sowie die von uns geteilte Forderung der UnternehmerInnen und Wirtschaftsverbände nach mehr Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Schuldenabbau. Es kann nie darum gehen, den Konzernen nach dem Mund zu reden, immerhin haben wir z.B. den Atomausstieg nur gegen ihren Widerstand durchgesetzt. Doch wir wissen, dass wir unsere Ziele, vor allem Klimaschutz und ökologisch nachhaltigen Wohlstand, nicht ohne konstruktiven und kritischen Dialog mit der Wirtschaft und allen voran den mittelständischen Unternehmen erreichen können.

Der ökologische Umbau ist eine gewaltige Herausforderung für die Unternehmen. Durch Förde-

rung technischer und sozialer Innovation sowie Beratung wollen wir die Unternehmen bei der Bewältigung unterstützen. Der ökologische Umbau eröffnet vor allem aber große Chancen. Die grüne industrielle Revolution ist Katalysator für neue, zukunftssichere Jobs. Der globale Markt für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz wächst rasant und wird sich bis 2025 mehr als verdoppeln. Grüne Industrie- und Innovationspolitik will Deutschland den Weg zum weltweit führenden Konstrukteur für Umweltschutzgüter eröffnen. Auch damit leisten wir einen relevanten Beitrag zum Klimaschutz.

III. Die Sondierungsgespräche mit CDU/CSU

Wir haben mit CDU/CSU zwei intensive Sondierungsgespräche geführt. Die Gespräche waren sachlich und konstruktiv. Es war auf beiden Seiten das Bemühen erkennbar, aufeinander zuzugehen. So hat sich die Union auf uns zu bewegt, z.B. bei der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft. Auch in Fragen der Massentierhaltung, der LKW-Maut, der Arbeitserlaubnis für Asylsuchende oder beim Thema Fracking hat die Union sich grünen Positionen klar angenähert – auch wenn Differenzen z.B. bei der europäischen Agrarpolitik blieben. Auch wir haben uns unserer Verantwortung gestellt und zum Beispiel bei der Frage, wie wir unsere Projekte finanzieren wollen, Offenheit signalisiert.

Dennoch konnten entscheidende Differenzen zwischen CDU/CSU und uns Grünen in den Sondierungsgesprächen nicht aufgelöst werden. Insbesondere zentrale Projekte, die unser Mitgliederentscheid als Regierungsprioritäten benannt hat, wären mit der CDU/CSU auf Grundlage dieser Sondierungsgespräche nicht realisierbar gewesen.

Gerade in der uns besonders wichtigen Aufgabe des Klimaschutzes und der Energiewende hat die Union zwar Gesprächsbereitschaft bezüglich der Rücknahme von Ausnahmetatbeständen im EEG signalisiert und eine Absichtserklärung bei der Gebäudesanierung abgegeben. Aber allgemeine Ausbauziele konnten wir nicht verabreden. Das betrifft Fragen eines CO2-Mindestpreises oder der Mindestwirkungsgrade für Kraftwerke. Damit bliebe bei einer Zusammenarbeit der Systemkonflikt zwischen Erneuerbaren und Kohle ungelöst. Angesichts der Konflikte, die sich in den nächsten Jahren aus dem weiteren Zubau der Erneuerbaren Energien ergeben, sehen wir nach den beiden Gesprächen keine wirklich tragfähige Lösung für die Gestaltung der Energiewende über vier Jahre. Wie auf dieser Basis ein Anteil von 50 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien bis 2020 zu erreichen sein soll, blieb ebenso fraglich wie die Finanzierung der energetischen Gebäudesanierung. Auch bei den CO2-Obergrenzen für PKW und dem Abbau umweltschädlicher Subventionen brachten die Sondierungsgespräche kein belastbares Ergebnis, sondern ein Beharren auf der eigenen Position.

Gleiches gilt bei der Schuldenbremse für Banken, einem restriktiven Rüstungsexportgesetz, der Einführung einer Bürgerversicherung und eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns, bei der Abschaffung des Betreuungsgeldes sowie der Frage einer glaubwürdigen Finanzierung für Investitionen in Bildung und globale Gerechtigkeit, wie dem 0,7-Prozent-Ziel. Ebenso gab es keine Gesprächsbereitschaft über eine Anhebung der ALG II Regelsätze.

Bei Fragen der gesellschaftlichen Modernisierung gab es ein ernsthaftes Zugehen der Union auf unsere Positionen, aber weiterhin Dissense bei Grünen Kernanliegen. Weiterhin will die Union bei einigen Fragen sich lieber von der Rechtsprechung treiben lassen, als eigenständige Politik zu formulieren. Diese Erfahrung mussten wir in den Gesprächen bei der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung, um eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und um die vollständige Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare machen. Auch gibt es keine konkrete Bereitschaft zu einer wirklichen Reform der europäischen Flüchtlingspolitik, jedoch eine Offenheit, über die Zukunft der Dublin II-Regelung zu sprechen, ohne dass hier schon Verände-

rungen absehbar wären. Ein Willen zur Veränderung zeigte sich allerdings bei der Abschaffung des Arbeitsverbots und der Residenzpflicht für Flüchtlinge.

Bei der Frage, wie Bund, gerade aber auch Länder und Kommunen ihre öffentlichen Aufgaben finanzieren sollen, blieb es – obwohl wir bereit waren, über das Wie zu reden, wenn wir uns über das Ob geeinigt hätten – bei unterschiedlichen Philosophien. Die Union möchte finanzielle Spielräume neben der Ausweitung der Maut ausschließlich über die Generierung von Wachstum bei gleichzeitiger Nullverschuldung erreichen. GRÜNE setzen dagegen neben einer wirtschaftlichen Entwicklung auf zusätzliche Investitionen in Bildung, Betreuung, Klimaschutz und globale Gerechtigkeit, finanziert durch den Abbau von Subventionen und eine moderate Erhöhung der Staatsquote. Im Ergebnis wären bei der Union die finanziellen Spielräume nicht nur deutlich geringer ausgefallen, sondern in den nächsten zwei Jahren faktisch nicht vorhanden gewesen.

Ähnlich tiefgreifende Unterschiede in der Herangehensweise gibt es bei der Bewältigung der Euro-Krise. Unsere Auffassung bei der Frage eines Altschuldentilgungsfonds und bei einem Investitionsprogramm für die Krisenländer wurde abgelehnt. Die Überwindung der Eurokrise erfordert aber dringend eine Änderung der EU-Krisenpolitik und massive Investitionen.

Grüne Eigenständigkeit bedeutet, dass Inhalte entscheiden. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Sondierungsgespräche werden wir GRÜNE deshalb keine Koalitionsverhandlungen mit der Union aufnehmen.

IV. Aufgaben als Oppositionspartei

Wir GRÜNE haben in den kommenden Monaten und Jahren viel zu tun. Wir werden uns nun auf die Opposition gegen eine Große Koalition vorbereiten. Es braucht eine Opposition, die Ökologie, Ökonomie und Soziales konsequent zusammen denkt. Wie bringen wir Wohlstand und Ressourcenschonung zusammen? Die Bundesrepublik Deutschland als viertgrößte Industrienation der Welt braucht einen Green New Deal. Wir GRÜNE stehen für die sozial-ökologische Transformation als Hoffnungsprojekt unserer Generation. Neue Mobilität, postfossiler Wandel, eine konsequente Agrarwende, die Regulierung der Finanzmärkte, ein neuer sozialer Ausgleich, veränderte Lebensstile und kultureller Wandel hin zu einer Gesellschaft, die auf echter Nachhaltigkeit, Freiheit und Solidarität gründet, sind Projekte, für die es zu kämpfen lohnt und für die wir viele Bündnispartner gewinnen können. Wir wissen dabei um unsere besondere Verantwortung für das historische Projekt der Energiewende. Der Zuwachs Erneuerbarer Energien stellt zwangsläufig fossile Kraftwerke infrage – der Konflikt um die Zukunft der Energieversorgung wird also schärfer werden. Wir werden mit all unserer Kraft – im Bundestag, im Bundesrat, auf Landes und kommunaler Ebene, auch auf der Straße – für die konsequente Fortsetzung der Energiewende und für effektiven Klima- und Umweltschutz und eine gerechte globale Ressourcenverteilung streiten. Unser Maßstab dabei bleiben unsere programmatischen Ziele. Damit werden wir die Arbeit der Regierung beurteilen – kritisch, aber auch konstruktiv. Ebenso vehement werden wir dafür streiten, dass das Friedensprojekt Europa nicht weiter unter die Räder gerät. Zugleich gilt es auf allen Ebenen dafür zu sorgen, dass unsere gemeinsamen Werte und Normen nicht an Europas Außengrenzen enden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Teil der Europäischen Grünen Partei und im deutschen Parteienspektrum die Europapartei. Europa ist für grüne Politik konstitutiv – unabhängig von politischer Opportunität und bevorstehenden Wahlen. In einer globalisierten Welt ist die europäische Integration der beste Weg um die entscheidende Zukunftsherausforderung – ein sozial-ökologische Modernisierung unserer Gesellschaft – umsetzen zu können. Wir werden deshalb klare Kante zeigen zu einer Krisenpolitik, die die sozialen Unterschiede in Europa vertieft, die ökonomische Krise nicht überwindet, aber Rechtspopulismus und Europaskepsis stärkt, und so Europas Zukunft gefährdet. Wir wollen mit einem umfangreichen ökologisch orientierten Investitionsprogramm für Regionen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Menschen für den Umbau gewinnen. Wir wollen aufzeigen,

wie ein solches Programm unter anderem die Räume für eine sozialere und gerechtere Politik öffnet.

Parallel dazu werden wir die begonnene Wahlanalyse vollständig zu Ende führen und daraus die richtigen Konsequenzen rechtzeitig ziehen. Der neugewählte Bundesvorstand soll gemeinsam mit dem Parteirat Vorschläge vorlegen, welche Konsequenzen wir aus der Wahlniederlage als Partei zu ziehen haben, bei welchen Themen weiterer Entwicklungsbedarf besteht, wie wir GRÜNE noch kampagnenfähiger werden können, wie wir verständlicher kommunizieren und wie wir stärkere gesellschaftliche Bündnisse schmieden können. Jetzt gilt es, gemeinsam einen Weg aus der Krise zu finden. Wir dürfen nicht in alte Streitigkeiten verfallen. Es muss uns gelingen, dass die verschiedenen Parteiflügel sowie die unterschiedlichen Ebenen und Gremien (Partei, Fraktionen, Landesregierungen) konstruktiv im Interesse der GRÜNEN Partei zusammenarbeiten.

Im Hinblick auf die Wahlen 2017 ist es nötig, dass wir unsere bisherige Arbeitsweise in unseren Gremien, aber auch die parteiinterne Zusammenarbeit insgesamt reflektieren und strategischer ausrichten. Deshalb wollen wir unsere Parteistrukturen an die veränderte Rolle unserer Partei im Bund und in den Ländern anpassen. Eine Reformkommission wird unsere Strukturen überprüfen. Leitfragen für ihre Arbeit sollen unter anderem sein: Wie gelingt eine bessere Einbindung der Länder, gerade auch derer, die an Landesregierungen beteiligt sind? Wie können wir die Beteiligung der Mitglieder, die wir mit Urwahl und Mitgliederentscheid bereits deutlich ausgebaut haben, an unseren Prozessen weiter verbessern? Wie können wir externe Akteure beteiligen? Welche neuen Möglichkeiten der digitalen Vernetzung und Diskussion können, wollen und sollten wir nutzen? Diese Reformkommission hat den Auftrag, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Neben der Arbeit an den Strukturen der Parteigremien brauchen wir auch eine neue Kultur in unserer Parteiarbeit, in der gewollt ist, strittige Änderungsanträge zur Diskussion zu stellen und es in Ordnung ist, auch zu verlieren. Gleichzeitig muss zu dieser Kultur gehören, bei inhaltlicher Kritik konkrete Änderungsvorschläge zu machen. Geschlossenheit steht für uns am Ende eines intensiven Diskussionsprozesses. Wir wollen Verkrustungen aufbrechen, um als Partei auch in Zukunft innovativ, dynamisch und attraktiv zu sein für Menschen, die diese Gesellschaft mit ihren Ideen gestalten wollen. Das zu fördern sehen wir als eine wichtige Aufgabe des neuen Bundesvorstandes und des neuen Parteirates an.

Im kommenden Jahr stehen für uns GRÜNE entscheidende Wahlen an: die Europawahl im Mai, drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sowie elf Kommunalwahlen. Wir wollen unsere Position als Europapartei stärken und zeigen, wie wichtig ein gemeinsam getragenes, solidarisches Europas ist. Wir wollen in diesem Wahlkampf ganz besonders gegen einen drohenden Rechtsruck in Europa und den Einzug der europafeindlichen, rechtspopulistischen AfD kämpfen. Bei der Europawahl wollen wir wieder ein starkes Ergebnis einfahren, bei den elf Kommunalwahlen unsere teils sehr guten Werte halten oder weiter ausbauen sowie bei den drei anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg dafür sorgen, dass wir weiterhin in allen 16 Bundesländern mit einer starken bündnisgrünen Fraktion in den Landesparlamenten vertreten sind.

Wir GRÜNE werden mit allen Kräften und gemeinsam für einen neuen Aufbruch arbeiten. Wenn wir alle gemeinsam unsere grüne Identität schärfen und unsere grünen Ideen weiter in die Welt tragen, kann und wird uns dieser Aufbruch gelingen.